Irrtum bemerkten und wenig später im Club eintrafen, waren die Radikalen bereits wieder verschwunden.

Die Vorgänge in Magdeburg haben fatale Parallelen. Bei nahezu allen spektakulären Neonazi-Auftritten der vergangenen zwei Jahre scheiterte die Bestrafung von Tätern nicht an lockeren Gesetzen, müden Staatsanwälten oder zu schlappen Richtern, sondern oft an fehlendem Beweismaterial (siehe Kasten).

Nur in wenigen Ländern, darunter Baden-Württemberg und Bayern, machen die Beamten von den Möglichkeiten der neuen Polizeigesetze Gebrauch und fotografieren bereits vor Gewaltausbrüchen potentielle Randalierer.

Wie gut die Beamten der Beweissicherungs- und Dokumentationstrupps – Beamtenjargon: Bedo-Trupps – mit der Kamera umgehen können, wenn sie nur wollen, haben sie bisher vornehmlich bei Demonstrationen von Linken, Autonomen und Ausländern bewiesen.

Filmtrupps der bayerischen Polizei präsentierten vier Stunden Material, nachdem im März gewaltbereite Kurden in der Innenstadt von Augsburg randaliert hatten. Von mobilen Plattformen aus, die auf VW-Bussen montiert waren, hatten sie festgehalten, wie Krawallmacher Blockaden errichteten und Pflastersteine oder Molotowcocktails auf Polizisten schleuderten.

Auch in Magdeburg zückten die Beamten jüngst wieder ihre Kameras. Als am Wochenende nach Himmelfahrt Demonstranten durch die Stadt zogen, um gegen den rechten Aufmarsch vom Herrentag zu protestieren, filmten sie eifrig.

Die Videoaufzeichnungen können sie allerdings wieder löschen: Die linke Veranstaltung blieb friedlich.

„Zuviel am Stammtisch“

Im Kampf gegen den Rechtsradikalismus haben die Parteipolitiker versagt

Bei der Bürgermeisterwahl im hessischen Wölfersheim bot sich den Parteien, ganz ohne eigene Bemühungen, ein bürgernahes Forum. Die Lokalpresse lud zu Jahresbeginn die örtlichen Kandidaten der Christenunion, der SPD und FDP zu einem Streitgespräch. Die Offerte paßte in den politischen Trend, der Bürgerdialog wird von Politikern einhellig als „Ausdruck demokratischer Kultur“ empfohlen.

Doch in Wölfersheim geriet der Dialog ins Stocken, Sozialdemokrat Joachim Arnold sagte den Gesprächstermin ab. Begründung: Der Kandidat der NPD sei nicht eingeladen, der werde dadurch zum Märtyrer stilisiert.

Die naheliegende Lösung, den NPD-Mann dann eben hinzuzubitten, lehnte Arnold ebenfalls ab. Der Rechtsradikale, argumentierte der später zum Bürgermeister gewählte SPD-Kandidat nun, werde dadurch aufgewertet. Der FDP-Kollege verhielt sich unentschieden, der CDU-Kandidat hätte mit sich selber diskutieren müssen. Das Streitgespräch wurde abgesagt.

Wölfersheim ist überall. Von den Ortsvereinen bis in die Bonner Parteispitzen sind demokratische Politiker untereinander und mit sich selber uneins, wie sie mit Rechtsradikalen umgehen sollen. Ergebnis: Geredet wird gar nicht.

Nur mühsam gelingt es Politikern, ihre Sprachlosigkeit angesichts rechtsradika-

Neonazi-Aufmarsch (in Hannover): „Wie in schlimmsten SA-Zeiten“

Lichterkette (1992 in Frankfurt): Veränderung der politischen Kultur?

ler Gewaltausbrüche wie in Magdeburg oder antisemitischer Anschläge hinter leeren Formeln und Ausflüchten zu verbergen. In Deutschland brennt es, Verfassungsschutz und Innen-Experten warnen vor neuen Anschlägen – doch Politiker wie Polizeipraktiker zeigen sich hilflos gegen die Terror-Aktionen rechter Schlägertruppen.

Eine gespenstische Parallele drängt sich auf: „Es ist wie in schlimmsten SA-Zeiten“, sagt die Bonner Ausländerbeauftragte Cornelia Schmalz-Jacobsen (FDP).

Es wäre Zeit gewesen, Vorsorge zu treffen. Doch die jahrelangen Haßkampagnen der Rechten gegen Asylbewerber nutzten die Bonner Altparteien nicht zur gemeinsamen Auseinandersetzung mit den Hetzern. Statt dessen nahmen sie die Ausländerhatz zum Anlaß, um sich jahrelang über die Einschränkung des Asylrechts zu fetzen.

„Asylantenpartei“ rief der damalige CDU-Generalsekretär Volker Rühe der SPD nach, die sich mit der Aussperrung politisch verfolgter Ausländer schwertat.

Die Bonner SPD-Zentrale legte zwar schon vor fünf Jahren „Empfehlungen für die Auseinandersetzung mit der extremen Rechten“ vor; Titel: „Weder verharmlosen noch dämonisieren“. Die Forderung nach „argumentativer Konfrontation“, weil Sozialdemokraten nicht „vor den Reps kneifen“ dürften, wurde voriges Jahr in der Reformkommission „SPD 2000“ wiederholt. Doch die „offensiv geführte Auseinandersetzung“ (Planungsreferent Malte Ristau) läßt nach den vielen Führungswechseln noch immer auf sich warten.

„Die Debatte zwischen den Volksparteien“, rügt der Heidelberger Erziehungswissenschaftler Micha Brumlik, habe sich „als Scheingefecht zugunsten der Rechtspopulisten“ ausgewirkt. Denn „ohnehin zur Gewalttätigkeit disponierte junge Männer“ würden in ihrer Haltung bestärkt, so Brumlik, wenn Politiker das Asylthema hochspielten und damit Wählerschichten am rechten Rand nach dem Munde redeten, nur um dann wieder über den rechten Ungeist zu klagen. Die Parteien könnten nicht folgenlos „fremdenfeindliche Emotionen an- und ausknipsen wie eine Lampe“ (Brumlik).

„Die Politiker sollten mehr überlegen, was sie sagen und tun“, bestätigt Ingo Hasselbach, 26, der aus der Neonaziszene ausgestiegene frühere Vorsitzende der Ost-Berliner rechtsextremen Nationalen Alternative.

Hasselbach, ein Sohn von SED-Journalisten, der nach Familienkonflikten in Neonazikreise der DDR abgerutscht war, tauchte nach Attentatsversuchen seiner einstigen Kumpane voriges Jahr unter. „Wenn es immer wieder heißt, daß die Zahl der Ausländer begrenzt werden soll“, meint er inzwischen, könnten das manche als Rechtfertigung von Anschlägen verstehen.

Wahltaktisches Kalkül prägt die Haltung der Parteien. Während es „dem Ernst der Lage nach um den Erhalt demokratischer Grundwerte und Menschenrechte“ gehe, so wundert sich der Münchner Politikwissenschaftler Elmar Wiesendahl, 48, sei der politische Stil weiter von „Rivalität, Taktiererei, Unfairness“ geprägt – „eine eigenartige Sicht- und Sensibilitätsverkümmerung

Erst mal zuhören

Die Arbeit der Streetworker im rechten Milieu

Kinder in schwierigen familiären und sozialen Verhältnissen, lehren die Gesellschaftspsychologen, verlangen nach innerem Halt, den sie in den gefährdeten Familien nicht finden. So komme es, erläutert die Berliner Jugendtherapeutin Ute Benz, „daß sich der kindliche Wunsch, ‚ich möchte stolz sein auf mich‘, eine Chiffre sucht“.

In der sozialen Krise der Wendezeit fanden Eltern und Kinder im deutschen Osten wie von selbst, bestärkt vom Parteienstreit um die Asylbewerber, ein Ventil für ihre gegenseitigen Spannungen, sagt Autorin Benz: „In der gemeinsamen Ablehnung der Fremden gewinnen Jung und Alt gleichsam eine Atempause.“

Bis zum aggressiven Nationalismus ist es dann oft nur ein Schritt. „Jugendliche mit gestörtem Selbstwertgefühl“, sagt die Psychotherapeutin, reagieren mit heftigem Ärger auf Eindrücke, daß „die Deutschen immer schlecht wegkommen“.

Streetworker und Sozialarbeiter versuchen, bei den emotionalen Defiziten anzuknüpfen – überhaupt erst einmal zuzuhören. Sie gehen auf die Probleme der Jugendlichen ein, bevor sie durch ihr persönliches Beispiel lenkend auf sie einzuwirken versuchen. Die Zuwendung trägt den Helfern häufig den Vorwurf mißtrauischer Linker und Politiker ein, sie machten mit den Rechten gemeinsame Sache. Tatsächlich ist die sogenannte akzeptierende Jugendarbeit eine ständige Gratwanderung.

Hinzukommen müsse deshalb, wie der Darmstädter Sozialpädagoge Albert Scherr erläutert, ein „öffentliches Klima der Verständigungsbereitschaft“. Dafür sollten geeignete Institutionen einen „pädagogisch-politischen Dialog“ mit jungen Rechten führen. Alternativen zu solchen überlegten Langfrist-Konzepten gebe es nicht, so der Pädagogikprofessor, „da Pädagogik – ebenso wie Politik – generell nicht über schnell wirksame Techniken der Menschenveränderung“ verfüge.

im Umgang mit gesellschaftlichen Herausforderungen“.

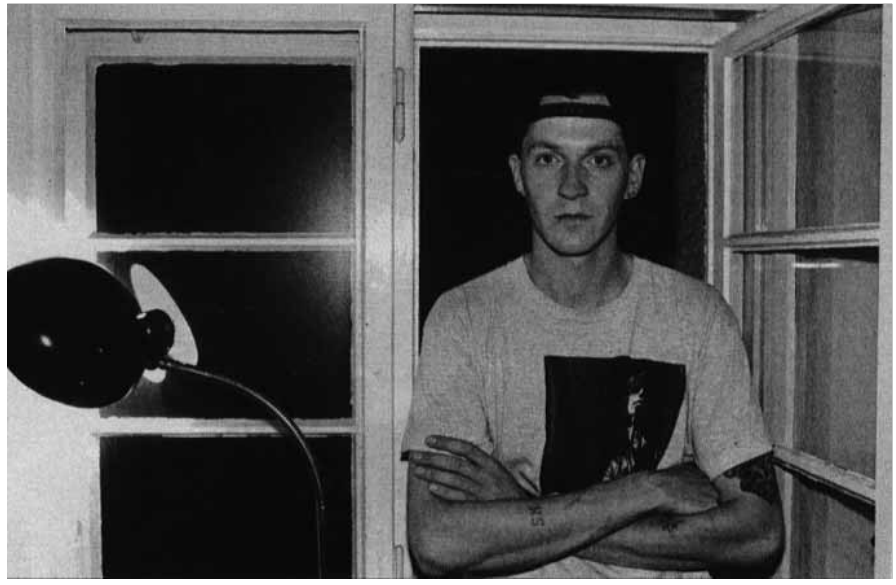
Noch fataler ist, daß Politiker selbst gewalttätigen Rechtsextremisten kaum kämpferisch gegenübertreten, daß sie nicht spontan Mitmenschlichkeit, Mitleid mit den Opfern erkennen lassen. Politiker, zürnte der Hamburger Gesellschaftswissenschaftler Ulrich Bielefeld, „scheinen nicht zuwenig, sondern zuviel an den sprichwörtlichen ‚Stammtischen‘ zu sitzen“. Dabei käme es auf das persönliche Bekenntnis, das glaubwürdige Beispiel mindestens so sehr an wie auf die politische Argumentation.

Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus widerstrebt dem klassischen Politikverständnis, weil es sich um eine im Grunde unpolitische, hochgradig irrationale Bewegung handelt. Die Gegner sind deshalb so schwer zu packen, weil sie außer der Zerstörung der Demokratie keine eindeutigen politischen Ziele haben. Die letzte Weisheit der Neonazis ist, wie gehabt, das „Führerprinzip“ – bisher zwar nur innerhalb der verschworenen Einzelgruppen. Doch deren Vernetzung hat begonnen.

Die Schwäche rechter Fanatiker, „zu sagen, wofür sie sind“, beschreibt eine im Frühjahr vorgelegte Dokumentation des Düsseldorfer Innenministeriums über rechtsextremistische Agitation. Sie spiegelt die „Programmlosigkeit der Rechtsextremisten“, deren „politische Leidenschaften“ von vager NS-Schwärmerei und „vom Glauben an die Überlegenheit der deutschen Tugenden gespeist“ werden, so die Studie.

Schmierereien auf Judenfriedhof (in Dortmund) „Unartikulierte Vorstellungen“

Der paradoxe Befund, daß die Rechtsextremen brutal für ihre Überzeugungen kämpfen, ohne zu wissen, was sie eigentlich wollen, unterscheidet sie von anderen gesellschaftstheoretisch gestützten Ideologien, etwa dem Marxismus. Die Soziologen Erwin K. Scheuch und Hans-Dieter Klingemann sind daher schon früher mit der These einer geistesgeschichtlichen „Sonderentwicklung“ der radikalen Rechten hervorgetreten, die vom Alltagsstreß in der modernen Lebenswelt ausgeht.



Abgesprungener Neonazi Hasselbach: Harte Strafen gegen die Anführer

Die Studie von 1967, die nach so langer Zeit wieder aktuell geworden ist, betont zwei Elemente der extremistischen Gefahr:

- „Rigidität im Denken“ ist, so gesehen, die Folge gesellschaftlicher Widersprüche – etwa von Spannungen zwischen traditioneller Kindererziehung und moderner Industriegesellschaft, zwischen Familienalltag und Betrieb, Behörden, Politik. Die Flucht verwirrter Menschen in ein starres Wertsystem, das Entlastung von inneren Spannungen verspricht, schließt andere Wertsysteme als „feindlich“ aus – eine „pathologische Form dieses Denkens“.
- Anfälligkeit des Denkens ergibt sich aus dem oberflächlichen politischen Interesse vieler Menschen, „für die Politik nur ein Spezialbereich ist“. Auf ein Bewußtsein „unartikulierter Vorstellungen“ vom politischen Leben wirken, verstärkt von individuellen oder kollektiven Krisen, schon rechtsradikale Einzelthemen als – oft emotionale – „Reize“.

Besonders empfänglich für solche Reize sind, wie sich in der schwierigen Umbruchsituation nach der Vereinigung zeigt, Kinder und Jugendliche. Deren Anpassungsprobleme ergeben sich aus den verstärkten Widersprüchen zwischen individuellen Hoffnungen und trister Realität.

Darauf haben sich Sozialpädagogen eingestellt, die durch persönlichen Nahkontakt Vertrauen und Einfluß bei jungen Leuten gewinnen wollen (siehe Kasten Seite 25).

Wie „anstrengend und erschöpfend“ solche Kontakte sind, erlebte der Bielefelder Erziehungswissenschaftler Klaus Hurrelmann in Diskussionen mit Skinheads. Im Gegensatz zu blockierten Rechtsideologen war mit ihnen wenigstens zu reden. Aber er habe nicht das Gefühl gehabt, räumt Hurrelmann ein, daß „irgendein Konsens zustande gekommen“ sei. Dabei hatten sich die Skins „im Rahmen eines Forschungsprojekts von vornherein zu einem Gespräch bereit erklärt“, so der Jugendforscher.

Solche Projekte sind riskant. Das erfuhr Marita Schieferdecker-Adolph, die Ausländerbeauftragte in Dresden. Sie war voriges Jahr mit 19 Jugendlichen, darunter rechtsextreme Gruppenfunktionäre, auf eine Pädagogik-Reise nach Israel gefahren, wo sich einige Teilnehmer provozierend benahmen (SPIEGEL 43/1993). Daß sich die Einstellung bei etlichen Mitfahrern dennoch geändert habe, davon ist die Beamtin überzeugt.

Die Politik könnte die oft schwer kalkulierbaren Initiativen auf lokaler und institutioneller Ebene wirksam unterstützen – hier macht das Wort von der staatstragenden Aufgabe buchstäblich Sinn. Gefordert ist ein politischer Trendwechsel: Standhaftigkeit statt Po-

pulismus, Reden über deutsche Zustände statt verkniffenem Schweigen.

Ähnliche Einsichten keimen vereinzelt auch bei Politikern. Der frühere SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz plädiert für die offensive Auseinandersetzung mit Rechtsaußen wie dem Deutschen Franz Schönhuber, dem Österreicher Jörg Haider oder dem Franzosen Alain de Benoist.

In „großen Debatten" müßten Politiker wie Schönhuber „von demokratischen Politikern mit den besseren Argumenten widerlegt werden", fordert Glotz. Eine „politische Streitkultur" verdiene ihren Namen nur, wenn sie Demokratiefeinden ihren Einfluß streitig mache. Doch gerade daran fehle es: statt einer Debattenkultur nur „Faxen der bloß symbolischen Politik".

Einmal schon, nach den Brandanschlägen von Mölln, schien es gelungen, die Erstarrung der öffentlichen Debatte zu durchbrechen. Millionen protestierende Bürger versammelten sich zu Lichterketten in den großen Städten.

Das Stichwort von der Zivilcourage, von der politischen Einmischung der Bürger, wurde damals neu entdeckt. Mehr Zivilcourage forderte Bundespräsident Richard von Weizsäcker auch jetzt wieder, nach den Ausschreitungen von Magdeburg. Doch der Versuch, die politische Kultur von unten zu verändern, scheiterte vorerst an der politischen Sprachlosigkeit von oben.

Einem harten Kern überzeugter militanter Nationalsozialisten ist zudem mit Bürgermut nicht beizukommen. Alle Überzeugungsversuche, schränkt Ex-Nazi Hasselbach ein, würden an solchen Leuten sicher abprallen.

Nach Hasselbachs Einschätzung müßten demokratische Bekehrungsversuche vor allem bei den „gefährdeten und noch ungefestigten Jugendlichen, potentiellen Gewalttätern in der Altersgruppe zwischen 13 und 18 Jahren", einsetzen, „in der bei vielen eine demokratische Grundhaltung ohne Neigung zur Gewalt noch zu erreichen wäre". Doch gegen die Anführer, meint der Aussteiger, helfen nur harte Strafen.

Gegengewalt, resignieren auch immer mehr Pädagogen und Kriminologen, sei die einzige Sprache, die fanatisch auf Gewalt eingeschworene Ideologen noch verstünden. Durch Verfolgungsdruck und Strafrisiko müßten sie wenigstens zum Verzicht auf offene Gewalttätigkeit gedrängt werden. Rechtsextremes Denken schließe „Flexibilität" und Anpassung an die „Anforderungen des alltäglichen Lebens" nicht aus, erklären Scheuch und Klingemann.

Die offene Industriegesellschaft, so die Botschaft der Forscher, könne auch mit einem Haufen Spinner leben – wenn sie nur keine Häuser anzünden. ❑

Abtreibungsrecht

Flüchtige Kavaliere

Demütigung für die Frauen: Der nachgebesserte Paragraph 218 erschwert die Fristenlösung.

Was waren das für noble Männer. Mutig kämpften sie für die Würde und das Recht der Frauen auf Selbstbestimmung. Über Abtreibungen, so forderte einst fortschrittlich der CDU-Kavalier Friedbert Pflüger, sollten Frauen allein entscheiden.

Für das „Jahrhundertwerk", einen Paragraphen 218, der Frauen nicht mehr bestraft, fochten Seite an Seite mit den Frauen tapfere Rechtsexperten wie Horst Eylmann (CDU), Gerhart Baum (FDP) und Hans-Jochen Vogel (SPD).

Frauenrechtlerin Würfel
Tremolo in der Stimme

Eine Geschichte ohne Happy-End. Zwar kam die Fristenlösung, die Abtreibungen bis zur 12. Woche straffrei stellte, aber das Gesetz landete vor dem Bundesverfassungsgericht und kehrte mit schwierigen Anweisungen für eine Revision zum Gesetzgeber nach Bonn zurück.

Seither bringt der Paragraph 218 nur Ärger und keine Meriten mehr ein. Die Helden haben sich folgerichtig verdrückt. Und was tun die Frauen? Sie stehen tapfer zu den flüchtigen Männern: Im Wahlkampf stört das Thema nur – bloß keinen Ärger machen.

In dieser Woche wollen sich die Bonner Koalitionsfrauen mit einem restaurierten Abtreibungsparagraphen begnügen, als habe es nie die Chance auf ein freieres Frauenrecht gegeben. Brav erfüllen sie alle Wünsche der Karlsruher Richter, fortan jede Abtreibung zu erschweren. Kein Wort mehr von der Entscheidungsfreiheit der Frau.

Nun ist nur noch vom „Letztentscheid" der Frauen die Rede – das war's. Zuvor müssen sie allerdings die zweifache Beratung durch eine Beratungsstelle und einen Arzt bestehen.

Gegen solche Zumutungen hatten die Frauen noch vor kurzem demonstriert, als die Wiedervereinigung eine einheitliche Regelung in Ost- und Westdeutschland für Schwangerschaftsabbrüche notwendig machte. Pflichtschuldig gibt die SPD-Wortführerin Inge Wettig-Danielmeier nun zu Protokoll, sie sei im „totalen Dissens" mit der Revision der Fristenlösung.

Ihr Trost sind zwei Silben, mit denen sich das Konzept der Sozialdemokraten vom Antrag der Regierungsfraktionen unterscheidet: Anstatt einer „verantwortlichen" darf eine zur Abtreibung entschlossene Frau bei den Sozialdemokraten eine „eigenverantwortliche" Entscheidung treffen.

Wer eine Frau zur Abtreibung nötigt, dem drohen künftig, geht es nach der Koalition, bis zu zwei Jahren Haft; die SPD will noch drei Jahre draufschlagen. Vor den Kadi soll jeder, der eine Frau zur Abtreibung nötigt. Fällt darunter auch eine Freundin, die den entsprechenden Rat erteilt?

Wenn es um die Finanzierung der Schwangerschaftsabbrüche ging, bekam die Fristenlösungs-Suffragette der FDP, Uta Würfel, vor wenigen Monaten noch ein Tremolo in die Stimme. Frauen könnten sich Abtreibungen nicht leisten, warnte sie damals, falls der Staat nicht einspringe. Ungerührt wird sie in dieser Woche dem veränderten Gesetz zustimmen.

Uta Würfel ist jetzt Spitzenkandidatin der FDP für die Europawahl und benötigt die Sympathie der Männer. Deshalb sieht sie ein, daß Frauen ihre Abtreibung selbst bezahlen müssen, falls sie mehr als 1800 Mark netto verdienen. Ob künftig der Bund oder die Länder für die Schwangerschaftsabbrüche von bedürftigen Frauen zahlen, muß noch geklärt werden.

Erst dann ist das Gesetz, das allen Freunden der Fristenlösung, den Kavalieren wie den einst von ihnen unterstützten Frauenrechtlerinnen, mißfallen muß, zu ganzer Unvollkommenheit abgerundet. ❑